

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

**Band:** 95 (2015)

**Heft:** 1030

**Artikel:** Kolonial liberal?

**Autor:** Franc, Andrea

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-736182>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## OIKONOMIKA

# Kolonial liberal?

**Andrea Franc**

ist Wirtschaftshistorikerin und forscht zu Nord-Süd-Handel sowie ökonomischer Theoriegeschichte.

**D**as hatten wir doch schon mal...», denkt die Wirtschaftshistorikerin immer wieder bei aktuellen Debatten um die Macht und Ohnmacht der Ökonomen. Anlass zur ersten Kolumne gibt nun die in liberalen Kreisen vehement diskutierte Frage, ob Wilhelm Röpke (1899–1966), einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft, als «Reaktionär» bezeichnet werden darf. Nun, Röpke schrieb in den «Schweizer Monatsheften» 1964, «dass die Neger Südafrikas nicht nur Menschen von einer geradezu extrem anderen Rasse sind, sondern zugleich einer völlig anderen Art und Stufe der Zivilisation angehören». Die Apartheidspolitik der südafrikanischen Regierung sei folglich «weder dumm noch bösartig». Der amerikanische Historiker Quinn Slobodian hat in einem kürzlich erschienenen wissenschaftlichen Artikel Röpkes Einsatz für das südafrikanische Apartheidregime und seine Kontakte zur nordamerikanischen Rechten nachgezeichnet. Wilhelm Röpke hatte gemeinsam mit Friedrich August von Hayek 1947 die neoliberale Mont Pelerin Society gegründet. 1962 war Röpke jedoch im Streit mit Hayek aus der Gesellschaft ausgetreten. 1964 sollte Röpke im Rahmen des Vortragszyklus «Aktuelle Probleme Afrikas» in den Sälen der ETH Zürich sprechen. Zürcher Studenten protestierten dagegen – und erhielten Sukkurs von der NZZ. Der langjährige Weggefährte Röpkes, NZZ-Chefredaktor Willy Bretscher, stellte sich in der Rassismusfrage auf die Seite der Studenten. Bretscher war Mitglied der Mont Pelerin Society geblieben; überraschend wenige Freunde waren Röpke beim Austritt aus der MPS gefolgt. Spielten Röpkes abendländische Überlegenheitsdünkel eine Rolle? Empfanden Röpkes Freunde seine Haltung in dieser Frage bereits vor fünfzig Jahren als «reaktionär»? Wir wissen es nicht. Während eines halben Jahrhunderts interessierte die liberale Bewegung die Haltung ihrer Vordenker gegenüber Afrika, Asien und der nichtabendländischen Kultur kaum. Es ist offenbar an der Zeit, die *bibliothèque coloniale* des Liberalismus aufzuarbeiten – bevor sie zur Hypothek wird. ◀

## FREIE SICHT

# Das linke Lager wächst

**Christian P. Hoffmann**

ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut. Er ist Beirat des Geschäftsberichte-Symposiums und Autor der Zeitschrift «The Reporting Times».

**D**ie Schweizer Wahlen 2011 stimmten die bürgerlichen Wähler hoffnungsvoll. Dank der «neuen Mitte» um BDP und GLP schien das Zentrum gestärkt, Mehrheiten jenseits von Rot-Grün versprachen zum Normalfall zu werden. Vier Jahre später präsentierte Politikwissenschaftler Michael Hermann der erstaunten Öffentlichkeit in seinem «Parlamentarier-Ranking» ein gänzlich anderes Bild: Die letzte Legislaturperiode brachte einen unverhofften Linksruck. Mehr Regulierung, mehr Umverteilung, mehr Zentralisierung. Von der Energiewende über die Familienpolitik bis zum Finanzausgleich – die Anhänger des spendablen Zentralstaates setzten sich in allen Belangen durch. Und die «neue Mitte»? Sie politisierte in der Tendenz rinks. Also links, unter einem bürgerlich-rechten Mäntelchen. Wenn es drauf ankam, standen CVP, BDP, EVP, CSP und auch Teile der FDP treu an der Seite der Sozialdemokraten. Liberale Reformen, Deregulierung, tiefere Abgaben? Mehr marktwirtschaftliche Frischluft im staatswirtschaftlichen, protegierten und kartellisierten Muff so vieler Schweizer Branchen – von der Landwirtschaft über Einzelhandel, Gesundheit, Verkehr, Energie bis Telekom? Weniger Anmasseung und Entmündigung in Lebensbereichen wie der Ernährung, Vorsorge oder Familienplanung? Fehlanzeige. Die SP beklagt neuerdings dennoch einen «Rechtsruck». Ich behaupte: Schweizer Medien und Wähler vergeuden zu viel Aufmerksamkeit mit Blicken auf die politischen Ränder. SP und SVP zeigen klare Kante, provozieren und unterhalten, sicher. Doch die politische Musik spielt in der Mitte, hier fallen die Entscheidungen und entstehen Mehrheiten. Während die bürgerlichen Wähler noch verunsichert auf das Kasperltheater der Ränder blicken, werden in der unscheinbaren Mitte die Weichen gestellt. Auch 2015 wird da das linke Lager triumphieren – und die Weichen für die Zukunft stellen. Denn eine Mehrheit ohne die beherzten Umfaller der scheinbürgerlichen Mitte wird es auch in den nächsten vier Jahren nicht geben. ◀